

Die Masse der Bauern bleibt trotz erhöhter Selbstausbeutung dazu verurteilt, wie es der Landwirtschaftsminister Bäumer von Nordrhein-Westfalen formulierte, „einem erstrebenswerten Einkommen mit hängender Zunge ständig hinterdrein zu laufen“. Das Ein-

kommen der Bauern der BRD liegt nach amtlichen Berechnungen beständig um 35 Prozent unter dem Niveau der Vergleichslöhne in der gewerblichen Wirtschaft, obwohl die Landwirtschaft die größte Produktivitätssteigerung von allen Wirtschaftszweigen erreicht.

Preisdruck durch die Monopole nimmt ständig zu

Ein wachsender Teil des von den Bauern produzierten Anteils am Nationaleinkommen verwandelt sich in eine Profit- und Akkumulationsquelle der Industrie-, Handels- und Bankmonopole. Die steigende Ausbeutung der Bauernschaft durch das Monopolkapital vollzieht sich vor allem in Form der Preisschere, eines Preisdiktats, sichtbar durch stagnierende Erzeugerpreise bei raketenhaft steigenden Produktionskosten.

So verteuerten sich die Betriebsmittel wie Landmaschinen, Dünger, Chemikalien usw. in den letzten 20 Jahren um 164,2 Prozent. Die Preise, die den Bauern für Agrarprodukte gezahlt wurden, stiegen aber nur auf 147,9 Prozent. Die Preisschere öffnete sich in diesem Zeitraum, stark zuungunsten der Landwirtschaft. Ein Großteil der Inflations-, Krisen- und Rüstungskosten wurde auf die Bauern abgeladen.

Nach Schätzungen von BRD-Fachexperten hatten die Bauern bisher durch Preismanipulationen der Industriekonzerne und Banken einen Einkommensverlust von 81 Milliarden DM. Obwohl durch staatsmonopolistische Regulierungsmaßnahmen die Erzeugerpreise niedrig gehalten werden, muß die Hausfrau beim Einkauf von Nahrungsmitteln immer mehr auf den Ladentisch legen.

So stiegen die Nahrungsmittelpreise in den letzten zehn Jahren: BRD um 56,4 Prozent, England um 201 Prozent, Ita-

lien um 314 Prozent. Der westdeutsche Bauer erhielt von jeder Mark, die die Hausfrau für Nahrungsmittel im letzten Jahr ausgab, nur noch 40,2 Pfennig. Ein Brötchen, das der Bäcker für 19 Pfennige verkauft, hat nur noch einen Erzeugeranteil von anderthalb Pfennig. Den Großteil kassieren die Handels- und Nahrungsmittelkonzerne. Durch finanzielle Begünstigungen der Regierung und des EWG-Agrarhaushaltes erreichte dieser Wirtschaftszweig in den letzten zehn Jahren 40 Prozent höhere Einnahmen.

Das sogenannte „Europaparlament“ hat gegen die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten beschlossen, den Agrarhaushalt jährlich um 2,5 Milliarden zu kürzen. Der NATO-Rat demgegenüber aber beschloß, die Rüstungsausgaben jährlich um drei Prozent real zu erhöhen. Nicht Traktoren, sondern Raketen sollen das Landschaftsbild der EWG formen. In der BRD wurden 260 Millionen DM für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes gestrichen. Rund 200 Millionen sollen bei der Dieselloilverbilligung eingespart werden. Zuschüsse für die Unfallversicherung und andere gewährte Sozialleistungen werden abgebaut. Begründung: „Das Geld reicht nicht mehr aus.“

Aus diesen Gründen hat auch die Regierung der BRD den Rotstift in Millionenhöhe am Agrarhaushalt 1981 angelegt. Auf Protestveranstaltungen in 100 Kreisen der Bundesrepu-

blik hat in den letzten Tagen der Bauernverband das „Spar- und Streichprogramm“ der Regierung kritisiert und fordert, „das Geld aus dem Staatshaushalt im Interesse des Volkes zu verwenden“. Sie wollen „Einkommensschmälerungen, steigende Steuern, Gebühren und Produktionskosten nicht mehr widerstandslos hinnehmen“. Der Protest richtet sich auch gegen dies: Über 360000 Hektar Ackerland wurden für die NATO-Rüstung schon beschlagnahmt. Der Bundeskanzler der BRD selbst gab 1980 bei einer Reise in den USA bekannt, daß in diesen militärischen Anlagen „6000 amerikanischen Atomsprengkörper lagern“. Gegen die forcierte Rüstung und die beabsichtigte Stationierung von USA-Atomraketen wächst der Widerstand auch in der Landwirtschaft. Landjugendverbände wie in Holland, Belgien, Frankreich fordern, „die Fortsetzung der Spannungspolitik und die Konflikte auf diplomatischem Wege zu lösen“.

Auch wenn die Bauernschaft in den zurückliegenden Jahren infolge des Bauernlegens zahlenmäßig abgenommen hat, bleibt sie nach wie vor der Hauptverbündete der Arbeiterklasse. Die DKP geht deshalb in ihren agrarpolitischen Grundsätzen von folgender Feststellung aus: „Arbeiter und Bauern gehören zusammen, weil sie gleiche Interessen verbinden. Nur im engen Bündnis mit der Bauernschaft ist es der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften möglich, die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft zu vollziehen. Gemeinsam muß auch der Friede gesichert werden, gegen Großmachtpolitik, gegen Militarismus und Neonazismus.“ Diese Haltung der Kommunisten in der BRD findet bei den Bauern immer größeren Zpruch.

Herbert Arndt